

**Presseschau 28.03.14** Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform

### **Ukraine allgemein / Russland:**

- In der Nacht haben die Rechtsradikalen versucht, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Es gelang ihnen nicht, jedoch wurde zugesichert, dass eine Untersuchungskommission die Umstände des Todes von Saschko Belyj, der bei einer Razzia um's Leben kam, gebildet wird.
- Am Morgen versammeln sich erneut rechte Gruppen vor der Rada und fordern den Rücktritt von Innenminister Awakow.  
Eine Deputierte brachte einen entsprechenden Resolutionsantrag ein.
- Die vom „Rechten Sektor“ vor einigen Wochen geraubten LKW sind wieder aufgetaucht und befinden sich in den Händen der Miliz.
- Chefs der bewaffneten Strukturen der Ukraine haben in der Nacht zum Freitag eine Dringlichkeitsberatung abgehalten. Grund dafür war ein Versuch von Vertretern der radikalen Partei Rechter Sektor, das Parlamentsgebäude in Kiew zu erstürmen. Wie RIA Novosti aus einer Quelle in der Vaterlandspartei erfuhr, nahmen unter anderem **der Chef des Nationalen Sicherheitsrates, Andrej Parubij, und der Abgeordnete Oleg Tjagnibok von der Partei Swoboda teil. Innenminister Arsen Awakow soll bei der Beratung vorgeschlagen haben, die Partei Rechter Sektor angesichts deren Radikalisierung zu verbieten.** „Während Tjagnibok keine eindeutige Stellung dazu bezogen hat, unterstützte Parubij diesen Vorschlag“, hieß es.  
Ein endgültiger Beschluss sei nicht getroffen worden, so der Vaterlandsvertreter. „Es wurde vorgeschlagen, die Diskussion am Freitag in einem größeren Kreis fortzusetzen“.
- Präsident Janukowitsch, der sich z. Z. in Russland aufhält, wandte sich mit der Bitte an das ukrainische Volk, in einem Referendum über den Status jeder Region abstimmen zu lassen. Nur so könnte es einen Ausweg aus der destabilisierten Lage geben.  
Er begründete die Ablehnung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU damit, dass die Vergabe von Krediten mit IWF-Auflagen verbunden waren, nämlich: Erhöhung der Gastarife für die Bevölkerung zu 50 Prozent, Lohnstopps, und dies wiederum bedeutet eine Reduzierung der Renten und andere Sozialleistungen. Das widersprach den nationalen Interessen und konnte daher nicht seine Zustimmung finden.
- Die Arbeit der OSZE-Beobachter soll die Spannungen in der Ukraine verringern, sagt die russische Regierung. Sie unterstütze diese Arbeit so lange, wie sie unvoreingenommen vonstatten geht.
- 68% der Einwohner Russlands meinen, dass man die derzeitigen Kiewer Machthaber nicht als legitime Regierung anerkennen sollte. Nur 18% vertraten die gegenteilige Position.
- Die Resolution der UN-Vollversammlung zur Krim-Krise hat gezeigt, dass die **Weltgemeinschaft in zwei Teile gespalten** ist, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Freitag. 100 Länder stimmten für die Resolution. Die Vertreter von 93 Ländern

stimmten entweder dagegen (11), enthielten sich der Stimme oder nahmen gar nicht erst an der Abstimmung teil.

Die Resolution wurde von den 28 EU-Ländern und den meisten potentiellen EU-Beitrittskandidaten unterstützt (Albanien, Mazedonien, Montenegro). Serbien und Bosnien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Drei GUS-Länder (Aserbaidschan, Moldawien und die Ukraine) stimmten für die Resolution. Russland, Weißrussland und Armenien stimmten dagegen. Kasachstan und Usbekistan enthielten sich der Stimme. Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenien nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die BRICS-Länder enthielten sich.

In Südamerika unterstützten nur drei Länder die Resolution (Peru, Chile und Kolumbien), zwei Länder stimmten dagegen (Venezuela und Bolivien), sieben Länder enthielten sich der Stimme (Brasilien, Argentinien, Ecuador, Uruguay, Paraguay, Surinam und Guyana).

Von 47 afrikanischen Ländern weigerten sich 31, die Resolution zu unterstützen.

Auch viele asiatische Länder wollten Russland nicht reizen (Indien, Pakistan, Afghanistan, Vietnam, Bangladesch, Kambodscha, Nepal, die Mongolei, Myanmar, Sri Lanka und Brunei enthielten sich der Stimme). Laos nahm nicht an der Abstimmung teil. China stimmte dagegen.

Für viele war es eine Überraschung, dass Israel und der Iran sich enthielten. Fast die Hälfte der arabischen Länder lehnte es ab, Moskau zu verurteilen. Ägypten, der Irak und Algerien enthielten sich der Stimme. Syrien und Sudan stimmten gegen die Resolution. Marokko, Oman, der Libanon, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jemen nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Situation in der UN-Vollversammlung erinnert an Sowjetzeiten - der Westen auf der einen und die Dritte Welt auf der anderen Seite. Nur die osteuropäischen Länder des Warschauer Paktes wechselten das Lager.

- Die rechtsextreme Organisation „Rechter Sektor“, die nach der Tötung ihres Koordinators Alexander Musytschko das ukrainische Parlament (Oberste Rada) stürmen wollte, hat den Sturm bis auf weiteres abgesagt. Der Chef der Kiewer Zelle des „Rechten Sektors“ Igor Masur teilte mit, dass es am Freitag keinen Sturm geben werde, selbst wenn die Rada - trotz der Forderung der Radikalen – Innenminister Arsen Awakow nicht entlasse. Die meisten der verummumten Kämpfer, die am Donnerstagabend das Parlament umzingelt hatten, haben das Gelände verlassen. Wie ein Korrespondent von RIA Novosti vor Ort berichtet, befinden sich mehrere Dutzend Radikale immer noch vor dem Haupteingang und kontrollieren die Ausweise der Abgeordneten. Sie bestätigen, dass die Sturmpläne aufgegeben worden seien. Der interimistische Chef des ukrainischen Präsidialamtes, Sergej Paschinski, und der Abgeordnete Oleg Ljyschwko versicherten bei einem Treffen mit dem „Rechten Sektor“ auf dem Platz vor dem Parlament, dass die Rada heute die „richtigen Entscheidungen“ treffen werde.

*Kommentar Swetlana: Es ist schon richtig dramatisch, wie die ukrainischen Machthaber ihren rechten Flügel unter allen Umständen loswerden wollen. Plötzlich hat man es eilig mit Verboten und dem Sich-Selbst-Distanzieren von den einstigen „Helden der Selbstverteidigung des Maidan“. Fast könnte einem die ‚Männer für’s Grobe‘ Leid tun...*

- Die „Partei der Regionen“ wird auf ihrem Parteitag am Samstag Janukowitsch und andere Mitglieder der Janukowitsch-Regierung ausschließen, sagte ein Abgeordneter der Partei. Die Regionalen werden an den Wahlen teilnehmen und den ehemaligen Charkower Gouverneur Dobkin bei den Präsidentenwahlen unterstützen.
- Russland nennt die auf Mai vorgezogenen Wahlen in der Ukraine für nicht legitim, da sie nicht auf der Vereinbarung vom 21. Februar beruhen.

- US-Investoren haben nach der Stabilisierung der Lage auf der Krim keine Angst mehr vor härteren Sanktionen gegen Russland, schreibt die Zeitung „RBC Daily“ am Freitag.  
Bei den US-Investoren wächst wieder die Nachfrage nach Fonds, die sich auf börsennotierte russische Unternehmen spezialisiert haben. Am Dienstag legten diese Fonds um 57,3 Millionen Dollar zu. Das ist der größte Zuwachs unter den Fonds aus 46 Ländern, die von Bloomberg verfolgt werden.  
Der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney, hatte in der vergangenen Woche davor gewarnt, in russische Aktien zu investieren. Doch die Investoren ignorierten den Aufruf der US-Regierung.
- Moskau übergibt Kiew einige der Waffen, die in die Hände der russischen Armee durch den Anschluss der Krim gerieten.
- Putin sagte, dass die Ereignisse auf der Krim die hohe Verteidigungsbereitschaft der russischen Streitkräfte gezeigt habe.
- Washington hat die Machtübernahme in der Ukraine durch prowestliche Kräfte nach **Angaben eines ehemaligen US-Geheimdienstlers im Laufe von 20 Jahren vorbereitet.**

In den letzten 20 Jahren sei die US-Führung darauf konzentriert gewesen, die NATO in Richtung Ukraine zu erweitern, sagte Scott Rickard am Freitag in einem Interview für den russischen Fernsehsender RT. „Die US-Aufklärung war unmittelbar in der Ukraine aktiv, während die Krim für sie ein weniger bequemer, ein komplizierterer Schauplatz war. Denn die meisten Krim-Bewohner sind Russen, und die Amerikaner hätten es schwerer gehabt, die Organisationen zu finanzieren, mit denen sie kooperierten. Das wäre sofort aufgefallen.“

Rickard sagte ferner, dass die **US-Behörden hauptsächlich mit kleineren Bevölkerungsgruppen kooperieren, die örtliche Zeitungen in geringer Auflage herausgeben.** „Mit den Publikationen sollten in erster Linie einfache Bürger beeinflusst werden... Gerade auf diese Weise gelang es ihnen (Amerikanern), bei Protestaktionen in Kiew bis zu 500 000 Menschen zu mobilisieren.“ Allein die US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) habe für diese **Zwecke rund fünf Milliarden Dollar** ausgegeben, sagte der Ex-Geheimdienstler.

- Nach der Wiedereingliederung der Krim beginnt Russland laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mit der Aufkündigung der Verträge mit der Ukraine über die auf der Halbinsel stationierte Schwarzmeerflotte.  
Die Ukraine betrachtet dies als Bruch des Völkerrechts.

#### **Krim:**

- Militärangehörige der ukrainischen Streitkräfte, die ihren Dienst für die Ukraine fortsetzen wollen, wurden heute von der Halbinsel geleitet. Dies verursachte Stau an der ukrainisch-(neu)russischen Grenze.